



**Rede**

**von**

**Hartmut Koschyk MdB  
Beauftragter der Bundesregierung  
für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**

**anlässlich der zentralen staatlichen Gedenkveranstaltung zum 70.  
Jahrestag der Vertreibung der Ungarndeutschen**

**am 19. Januar 2016  
in Wudersch/Budaörs**

Es ist mir auch in diesem Jahr eine große Ehre und ein besonderes Anliegen, als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten hier zu Ihnen sprechen zu können. Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit die Grüße und guten Wünsche der Bundesregierung - hierbei insbesondere von unserer Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, und unseren Bundesministern des Innern und des Äußeren, Herrn Dr. Thomas de Maizière und Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier - überbringen.

Wir sind heute hier zusammengekommen, um gemeinsam der Abertausenden Ungarndeutschen zu gedenken, deren Vertreibung vor 70 Jahren hier von Wudersch /Budaörs aus begonnen hat. Mit der Vertreibung wurde der ungarndeutschen Minderheit kollektiv die Mitschuld an den Gräueltaten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auferlegt. Das unermessliche Leid dieser Menschen, das diese ohne Unterscheidung ihrer individuellen Verstrickung in diese Verbrechen alleine aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit zu ertragen hatten, darf nicht in Vergessenheit geraten.

Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog hatte dies einmal so zum Ausdruck gebracht:

*„Kein Unrecht, und mag es noch so groß gewesen sein, rechtfertigt anderes Unrecht. Verbrechen sind auch dann Verbrechen, wenn ihm andere Verbrechen vorausgegangen sind.“*

Leid zu benennen heißt mitnichten anderes Leid und Unrecht kleinzureden oder zu relativieren. Auf dem Weg der Versöhnung ist gerade die ehrliche und umfassende Erinnerung von besonderer

Bedeutung. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im europäischen Raum mit Respekt für die Perspektive der Anderen ist unabdingbar für den weiteren Verständigungs- und Versöhnungsprozess.

In diesem Sinne ist der Gedenktag für die vertriebenen Ungarndeutschen, den Sie in diesem Jahr nunmehr zum vierten Mal begehen, ein leuchtendes Beispiel für gelebte Versöhnung. Dafür ist Ihnen Deutschland sehr dankbar!

Der heutige Gedenktag verdeutlicht darüber hinaus eindringlich, wie man mit schwierigen Kapiteln der Geschichte verantwortungsvoll umgeht. Er steht für den vorbildlichen Umgang Ungarns mit dem Schicksal von Flucht und Vertreibung. Dieser begann bereits 1990, als das ungarische Parlament die Vertreibung der Ungarndeutschen nach den Zweiten Weltkrieg ehrlich bedauerte und mündete am 10. Dezember 2012 in der historischen Beschlussfassung der ungarischen Nationalversammlung, den 19. Januar zum jährlichen nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung zu erklären.

Mit Blick auf die dunklen Kapitel der deutsch-ungarischen Geschichte freue ich mich sehr, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn heute eng, freundschaftliche und vertrauensvoll sind.

Für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern haben die Angehörigen der deutschen Minderheit in Ungarn, eine ganz besondere Bedeutung.

Von meinen Besuchen in Ungarn, aus den offenen und zum Teil auch sehr persönlichen Gesprächen sowie aus den vielen erfolgreichen Kultur- und Begegnungsveranstaltungen weiß ich um den hohen Wert der Brückenfunktion, die von der deutschen Minderheit in Ungarn und den ungarndeutschen Landsmannschaften in Deutschland zwischen unseren beiden Ländern wahrgenommen wird.

Am 20. Juni dieses Jahres begehen wir in Deutschland bereits zum zweiten Mal den „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“. Mit dem Datum knüpft die Bundesregierung an den Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen an und erweitert das Flüchtlingsgedenken um das Schicksal der Heimatvertriebenen. Das ist ein bedeutendes Zeichen der Verbundenheit mit den deutschen Opfern von Flucht, Vertreibung und Deportation, die von Bundespräsident Joachim Gauck durch seine persönliche Teilnahme und seine sehr einfühlsame Ansprache eindrucksvoll unterstrichen wurde. Bundespräsident Gauck sagte unter anderem:

„Jahrzehntelang gehörte die Vertreibung der Deutschen in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu den ideologisierten und politisch instrumentalisierten Themen: Vertreibung galt als gerechte Strafe für deutsche Verbrechen und Westdeutschland als Hort von Revanchismus und Revisionismus. Mit diesen Thesen vermochten kommunistische Regierungen sogar Menschen an sich zu binden, die ihnen im Übrigen tief misstrauten.

Erst nach 1989, als Archive zugänglich wurden und ideologische Barrieren fielen, Menschen sich ungehindert austauschen konnten und die Angst vor Grenzrevisionen und Rückgabeforderungen wich, da

konnten auch Polen, Ungarn und andere mitteleuropäische Völker einen selbstkritischen Blick auf die eigene Geschichte werfen. Sogenannte ethnische "Säuberungen" sind heute überall – zumindest in Europa – als Mittel der Politik diskreditiert, Vertreibungen in der Vergangenheit werden zunehmend als Unrecht anerkannt.“

Unter den positiven Beispielen für diese Sicht auf die Geschichte nannte Bundespräsident Gauck auch den vom ungarischen Parlament im Jahre 2012 beschlossenen Gedenktag für die Vertreibung der Ungarndeutschen, den wir heute gemeinsam begehen.

Darüber hinaus kann ich auch persönlich - gerade in meiner Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten - nur bekräftigen, dass die erfolgreiche Zusammenarbeit unserer beiden Länder ohne das gegenseitige Verständnis und den gegenseitigen Respekt der deutschen Minderheit in der ungarischen Mehrheitsbevölkerung in dieser Form nicht möglich wäre.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im August 2014 auf dem Tag der Heimat in einer Grundsatzrede zur Vertriebenen-, Aussiedler- und Minderheitenpolitik betont: "Eine entscheidende Rolle für die Bewahrung kultureller Tradition haben natürlich diejenigen, die in ihrer Heimat in Ost- und Südosteuropa verblieben sind. Die Bindung an die deutsche Sprache und die dauerhafte Sicherung ihrer kulturellen Identität sind für die Angehörigen der deutschen Minderheit von essenzieller Bedeutung. Ich möchte mich herzlich bei all denen bedanken, die aus Deutschland heraus helfend die Hand reichen, um dies zu ermöglichen. Auch die Bundesregierung wird ihre Hilfen fortsetzen. Sie wird weiterhin

Maßnahmen zur Wahrung und Stärkung ihrer Identität und zu Verbesserung ihrer Lebensperspektiven fördern."

Die Selbstorganisationen der deutschen Minderheiten in Europa haben nicht nur eine wichtige Brückenfunktion zu Deutschland, sondern sehen ihre Zukunft zuerst in der Gesellschaft ihrer jeweiligen Titularnation, in deren wirtschaftliches, gesellschaftliches, kulturelles und politisches Leben sie sich über ihre Dachverbände aktiv einbringen. Die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen mit Ottó Heinek an der Spitze erfüllt diesen Auftrag in vorbildlicher Weise. Mit ihren über 400 lokalen Gliederungen ist die Landesselbstverwaltung ein hervorragendes Beispiel für die gelungene Integration in das größere Ganze, ohne dass durch Assimilation die kulturellen und sprachlichen Eigenwerte aufgegeben werden.

Wenn die ungarische Verfassung heute den nationalen Minderheiten über eine bloße Toleranz hinaus ausdrücklich die Rolle von „staatsbildenden Faktoren“ zuschreibt, so zeugt dieses von einem zeitgemäßen Verständnis von Minderheitenpolitik im europäischen Geist: Die Mehrheitsbevölkerung sieht die Minderheiten nicht nur als Bereicherung an, sie will sich auch von ihr bereichern lassen. Dies ist ein zutiefst europäisches Verständnis von Minderheitenpolitik, für das wir dem ungarischen Volk sehr dankbar sind.

In diesem Sinne wünsche ich der Gedenkveranstaltung einen guten und würdigen Verlauf und freue mich auf viele, ertragreiche Gespräche mit Ihnen!